

und dann noch als Arbeitsgemeinschaft, an der sie beteiligt sind.

Diese Doppel- oder Mehrfachzählungen können wir nur durch eine Gesetzesanpassung eliminieren. Mit der beantragten Ergänzung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen verlange ich, dass die Doppelzählung des Umsatzes namentlich für Arbeitsgemeinschaften, Holdings und dauerhaft miteinander verbundene Unternehmen vermieden wird. Auf der Basis der parlamentarischen Initiativen, die ich und auch Kollege Christian Wasserfallen und Ständerat Hans Wicki eingereicht haben, kann das Anliegen umgesetzt werden.

Am 5. Mai dieses Jahres haben wir an der ausserordentlichen Session zu Covid-19 ja bereits einmal über eine Motion der WAK mit demselben Anliegen abgestimmt. Mit 150 zu 56 Stimmen wurde sie angenommen. Der Ständerat hat in der Folge dieses Anliegen sistiert und das anlaufende Verfahren der Beratung des Mediengesetzes bereits in der Kommission aufgenommen. Das ist nun der schnellste und zielführendste Weg für die Umsetzung.

Hier bitte ich Sie aber im Moment, diesen parlamentarischen Initiativen Folge zu geben und daran festzuhalten.

**Romanò** Marco (M-CEB, TI), per la commissione: La Commissione dei trasporti e delle telecomunicazioni del Consiglio nazionale ha discusso queste due iniziative parlamentari dal contenuto uguale, con la medesima richiesta, lo scorso 17 febbraio 2020. Nell'ambito della legge sulla radiotelevisione le aziende la cui cifra d'affari è contabilizzata due volte, in particolare i consorzi, le holding e le imprese che hanno un legame durevole fra loro, subiscono una doppia tassazione del canone radiotelevisivo. Questa situazione, secondo la maggioranza della commissione, non è accettabile perché assolutamente non voluta dal legislatore in occasione dell'ultima revisione della legge sulla radiotelevisione. Si tratta di fatto di una doppia imposizione di soggetti già imposti. Il doppio pagamento quindi non si giustifica ed è assolutamente scorretto.

La legge va precisata affinché questi soggetti, composti da aziende che singolarmente già pagano il canone, siano esentati dall'obbligo di pagarlo in occasione del soggetto costituito in comune. Devono quindi essere esentate dal pagamento del canone le imprese che sono fondate da altre imprese, per una durata limitata, allo scopo di costituire un consorzio o che hanno un legame duraturo fra loro ma le cui madri come soggetti restano e continuano a pagare il canone. Questo perché i soggetti costituenti hanno già contribuito secondo quanto previsto dalla legge.

Lo scorso 12 agosto 2019 la commissione del Consiglio nazionale aveva già dato seguito a queste due iniziative parlamentari, con 19 voti contro 5. Il 4 novembre 2019 la commissione omologa del Consiglio degli Stati aveva respinto all'unanimità queste due iniziative parlamentari, riconoscendo il problema e volendo anch'essa eliminare questa doppia imposizione, preferendo tuttavia un'altra strada per risolvere il problema.

Ora la vostra commissione propone, con 16 voti contro 5 e 4 astensioni, di dare nuovamente seguito ad entrambe le iniziative parlamentari. L'attuale doppio onere per i consorzi non è conforme alla volontà del legislatore. Occorre quindi correggere il più rapidamente possibile questa situazione. Le ultime decisioni prese dal Consiglio degli Stati nell'ambito della modifica della legge sulla radiotelevisione nel quadro del pacchetto di sostegno ai media vanno nella giusta direzione.

La legge sulla radiotelevisione sarà modificata con l'eliminazione di questa doppia imposizione.

Raccomandiamo tuttavia di approvare queste due iniziative per rafforzare il segnale volto ad avere una modifica di legge completa, e soprattutto a corto termine, poiché l'attuale situazione non è assolutamente stata voluta dal legislativo. Lo stallo è già durato troppo tempo ed a farne le spese, con contributi non giustificati, sono state numerose aziende e segnatamente i consorzi.

**La présidente** (Moret Isabelle, présidente): La commission propose de donner suite aux initiatives.

### 19.411, 19.412

*Den Initiativen wird Folge gegeben  
Il est donné suite aux initiatives*

16.483

### Parlamentarische Initiative

**Rickli Natalie.**

### Erhöhung des Strafmaßes bei Vergewaltigungen

#### Initiative parlementaire

**Rickli Natalie.**

#### Viol. Durcir les peines

*Vorprüfung – Examen préalable*

Nationalrat/Conseil national 11.06.20 (Vorprüfung – Examen préalable)

#### Antrag der Mehrheit

Der Initiative keine Folge geben

#### Antrag der Minderheit

(Geissbühler, Eymann, Nidegger, Schneeberger, Schwander, Silberschmidt, Steinemann, Tuena, Vogt)

Der Initiative Folge geben

#### Proposition de la majorité

Ne pas donner suite à l'initiative

#### Proposition de la minorité

(Geissbühler, Eymann, Nidegger, Schneeberger, Schwander, Silberschmidt, Steinemann, Tuena, Vogt)

Donner suite à l'initiative

**La présidente** (Moret Isabelle, présidente): L'initiative parlementaire Rickli Natalie a été reprise par Mme Geissbühler. Vous avez reçu un rapport de la commission.

**Geissbühler** Andrea Martina (V, BE): Die parlamentarische Initiative Rickli Natalie will eine Erhöhung des Strafmaßes bei Vergewaltigungen. Vergewaltigung ist eines der schlimmsten Delikte. Trotzdem muss fast jeder dritte Täter, vorwiegend Erstvergewaltiger, für seine Strafe nicht ins Gefängnis, sondern kommt mit einer bedingten Strafe davon. Ein anderer Drittel der Sexualstraftäter muss nur kurz ins Gefängnis, weil sie nur eine teilbedingte Strafe bekommen. Das ist inakzeptabel.

Trotz der Missstände sträubt man sich seit Jahren, eine Gesetzesänderung vorzunehmen. Dies könnten wir nun endlich ändern, indem das Strafmaß so angesetzt wird, dass ein Vergewaltiger immer eine unbedingte Strafe verbüßen muss. Um dies zu gewährleisten, braucht es eine Anpassung der Mindeststrafe von drei Jahren. Artikel 190 Absätze 1 und 3 müssen daher geändert werden. Das richterliche Ermessen bleibt trotzdem gewahrt.

Diese Änderungen sind nicht nur für das Opfer wichtig, sondern auch für den Täter, denn die Strafe muss eine abschreckende Wirkung haben. Oder ist jemand in diesem Saal der Meinung, dass das Fahren auf der Autobahn mit 200 Stundenkilometern am Sonntagmorgen bei besten Strassenverhältnissen und null Verkehr schlümmer ist als eine Vergewaltigung? Für dieses Vergehen gibt es gemäß Artikel 90 Absätze 3 und 4 des Strassenverkehrsgesetzes eine unbedingte Gefängnisstrafe von einem bis vier Jahren.

Ich bitte Sie, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben, weil der Handlungsbedarf klar besteht und das Anliegen nach wie vor nicht umgesetzt ist.

**Schwander** Pirmin (V, SZ): Ich bitte Sie namens der Minderheit, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben.

Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass ja jetzt aktuell das Projekt zur Harmonisierung der Strafrahmen läuft und dass die Frage des Sexualstrafrechts in diesem Rahmen gelöst werden soll. Das ist an und für sich richtig, aber wir müssen mal die Geschichte des Sexualstrafrechts anschauen. Der Bundesrat hat bereits 2008 – schon 2008! – angekündigt, im Rahmen der Harmonisierung der Strafrahmen würden auch die Strafanordnungen bei den Widerhandlungen gegen die sexuelle Integrität überprüft. Also seit 2008 schieben wir die Frage des Sexualstrafrechts und die Frage, wie Vergewaltiger in Zukunft bestraft werden sollen, vor uns her! Das kann nicht sein; es ist nicht eine einfache Tat, es ist ein Schwerverbrechen, und aus der Praxis wissen wir, dass die Opfer, egal welchen Alters, Mühe haben, das Geschehene zu verarbeiten. Aus der Praxis wissen wir, dass sich die Opfer teilweise sehr schämen, sich zu öffnen, ein Verfahren anzugehen, eine Strafanzeige zu machen. Viele Opfer, wenn nicht den grössten Teil, beschäftigt das Geschehene ein Leben lang, trotz langjährigen Therapien. Diese Aufarbeitung wird noch schwieriger, das zeigt die Praxis, wenn davon ausgegangen wird, dass in einem Verfahren eben bedingte Strafen erlassen werden. Da fragen sich die Opfer: Soll ich überhaupt in das Verfahren gehen oder nicht? Sie wissen auch, was in einem solchen Verfahren dann alles geschieht, was den Opfern noch vorgeworfen wird.

Ich bitte Sie, nach zwölf Jahren jetzt nicht nur ein Signal auszusenden. Nach zwölf Jahren bitte ich Sie, jetzt ein starkes Zeichen zu setzen und zu sagen: Nein, wir wollen nicht noch länger warten! Der Ständerat hat ja die Sexualstrafrechtsvorlage von der Vorlage zur Harmonisierung der Strafrahmen ausgenommen und möchte eine separate Vorlage machen. Diesem Zeitplan müssen wir Einhalt gebieten!

Ich bitte Sie, der Minderheit zu folgen.

**Brenzikofe** Florence (G, BL), pour la commission: Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates hat an ihrer Sitzung vom 20. Februar 2020 die von alt Nationalrätin Natalie Rickli eingereichte und von Nationalrätin Andrea Geissbühler übernommene parlamentarische Initiative 16.483, "Erhöhung des Strafmaßes bei Vergewaltigungen", zum zweiten Mal vorgeprüft.

Die Initiantin reichte den Vorstoss am 28. November 2016 mit der Begründung ein, dass seitens des Bundesrates keine baldige Revision des Sexualstrafrechts zu erwarten sei. Die Initiative verlangt, dass ein Vergewaltiger immer eine unbedingte Strafe verbüßen muss. Dies ist erst ab einer Mindeststrafe von drei Jahren gewährleistet. Deshalb soll Artikel 190 des Strafgesetzbuches wie folgt geändert werden: Artikel 190 Absatz 1: "[...] wird mit Freiheitsstrafe von drei bis zu zehn Jahren bestraft", und Artikel 190 Absatz 3: "[...] so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren."

Die Mehrheit der RK-N hat an der Sitzung vom 20. Februar 2020 beschlossen, der Initiative keine Folge zu geben. Die Mehrheit der Kommission begründet den Entscheid mit formellen und prozeduralen Gründen, denn im Rahmen der Vorlage zur Strafrahmenharmonisierung wird, wir haben es gehört, eine separate Vorlage zum Sexualstrafrecht erarbeitet, zu der eine Vernehmlassung durchgeführt werden kann. Eine Minderheit der RK-N beantragt, der Initiative Folge zu geben. Sie möchte ein Signal senden, dass die vorgeschlagenen Änderungen in der Strafrahmenharmonisierung auch wirklich berücksichtigt werden.

Die Mehrheit Ihrer Kommission beantragt Ihnen mit 14 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Initiative "Erhöhung des Strafmaßes bei Vergewaltigungen" keine Folge zu geben.

**Maitre** Vincent (M-CEB, GE), pour la commission: L'initiative parlementaire 16.483, déposée le 28 novembre 2016 par la conseillère nationale Natalie Rickli et reprise par Mme Andrea Geissbühler, vise à durcir les peines pour viol afin qu'un

violeur soit systématiquement condamné à une peine ferme, ce qui n'est pas toujours le cas actuellement, une peine avec sursis étant dans certains cas possible, selon le droit pénal fédéral.

L'initiative entend ainsi modifier l'article 190 du code pénal en imposant une peine plancher de trois ans au minimum, contre un an actuellement, et de cinq ans au minimum en cas de circonstances aggravantes, contre trois ans actuellement. La Commission des affaires juridiques de notre conseil s'est penchée une première fois sur l'initiative en 2018, le 23 février exactement, et y a donné suite à une très large majorité. La volonté de la commission était d'envoyer un signal clair et fort quant à la nécessité de réformer le droit des sanctions dans un contexte global, élargi et harmonisé, mais surtout de le faire sans plus tarder.

Le 18 janvier 2019, la Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats a choisi de ne pas suivre la décision de son homologue du Conseil national. Ainsi, notre commission s'est réunie le 20 février 2020 pour procéder à un deuxième examen préalable de l'initiative parlementaire en question.

La commission est d'avis que la question des peines prévues en cas de viol soulevée par l'initiative doit être considérée de manière globale dans le cadre du projet 18.043 relatif à l'harmonisation des peines. Le 17 janvier 2020, la Commission des affaires juridiques du Conseil des Etats s'est prononcée pour la révision, sur le fond, du droit pénal relatif aux infractions sexuelles. En accord avec la cheffe du Département fédéral de justice et police, elle a décidé d'élaborer à cet effet un projet distinct qui pourra également faire l'objet d'une consultation ordinaire. Dans ces conditions, la majorité de la Commission des affaires juridiques de notre conseil n'a pas jugé opportun de donner suite à l'initiative parlementaire Rickli Natalie et de prendre le risque de déséquilibrer et de fragiliser la systématique du droit des sanctions pénales.

La minorité Geissbühler propose toutefois d'y donner suite et souhaite ainsi souligner l'importance de voir les modifications prévues réellement prises en compte dans le projet d'harmonisation des peines.

En conclusion, la commission vous propose, par 14 voix contre 9 et 1 abstention, de ne pas donner suite à cette initiative parlementaire.

**La présidente** (Moret Isabelle, présidente): La majorité de la commission propose de ne pas donner suite à l'initiative. Une minorité Geissbühler propose d'y donner suite.

**Abstimmung – Vote**  
(namentlich – nominatif: 16.483/20622)  
 Für Folgegeben ... 77 Stimmen  
 Dagegen ... 72 Stimmen  
 (14 Enthaltungen)

*Schluss der Sitzung um 12.30 Uhr  
 La séance est levée à 12 h 30*